

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

73 (19.9.1947)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

F B S

2. Jahr Nr. 73 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Freitag, 19. September 1947

## Protest gegen das Ruhrabkommen

Es gilt für alle Deutschen, sich über die schicksalsschwere Tragweite des anglo-amerikanischen Kohlenabkommens für die Zukunft unseres Volkes keiner Täuschung hinzugeben. Mit diesem Abkommen geht die Verfügung über das deutsche Ruhrgebiet endgültig in fremde Hände über. Eine amerikanisch-englische Kontrollkommission übernimmt das Kommando über den kostbarsten deutschen Rohstoff. Alle Versprechungen, die Verfügung über die Ruhrkohle endlich wieder in deutsche Hände zu legen, sind durch dieses Abkommen gebrochen worden.

Die Sozialisierung des Ruhrbergbaus, seine Uebergabe in die Hände des deutschen Volkes — diese Forderung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und aller linken Parteien, der SPD, der SED und der KPD — wurde von den Beauftragten des amerikanischen Monopolkapitals strikt abgelehnt. Die Sozialisierung, die wir Deutsche wünschen, wird uns verboten. Die Rechte der ausländischen Teilnehmer dagegen werden gewahrt, das Eigentum der Herren vom rheinisch-westfälischen Ruhrkohlenyndikat, dieser Gönner Hitlers, bleibt erhalten.

Während die amerikanisch-englische Kommission die volle Verfügungsgewalt über die Ruhrkohle erhält, wird es einer deutschen Verwaltung überlassen, die Kohlenproduktion mit allen Mitteln zu fördern, aus dem Bergarbeiter für fremde Interessen das Letzte herauszuholen. Ueber die Verwendung der Kohle und über den Kohlenexport aber entscheiden allein die Kontrolleure aus den USA.

Die Entwicklung der deutschen Produktion an Maschinen und Gebrauchsgütern, der deutsche Export ebenso wie der innerdeutsche Warenaustausch, werden auf diese Weise außerordentlich gehemmt, wenn nicht unmöglich gemacht.

Die von den USA und England unterzeichneten Potsdamer Beschlüsse, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands unbedingt zu sichern, die Ruhrkohle dem ganzen deutschen Volk zugute kommen zu lassen, sind durch das anglo-amerikanische Ruhrkohlenabkommen einseitig verletzt worden.

Wir erheben feierlich Protest gegen die Verletzung der von allen Alliierten unterzeichneten Grundsätze über die Sicherung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Wir wissen, daß wir hier im Namen unseres gesamten Volkes sprechen. Das anglo-amerikanische Abkommen, das uns Deutschen das Bestimmungsrecht über unser wertvollstes Industriegebiet entzieht, wird uns nicht davon abhalten, auch weiterhin den Kampf für die Hände des deutschen Volkes mit aller Energie fortzusetzen. Wir alle sind aufgerufen, uns

über Zonengrenzen und Parteischranken hinweg zum Schutze unseres deutschen Ruhrgebiets und unserer deutschen Einheit die Hände zu reichen. Wir erwarten, daß sich alle Parteien angesichts der Gefahren, die unser aller Zukunft bedrohen, zur Bildung einer nationalen Repräsentation zusammenschließen, die ihren Willen, das Ruhrgebiet als die Grundlage der deutschen Wiederbelebung und die Einheit Deutschlands wie ihren Augapfel zu hüten, vor der ganzen Welt kundtun. Die Ruhr muß deutsch bleiben!

### Die Kohlengruben in die Hände des Volkes!

Düsseldorf. (Eig. Meldung) Zu den Washingtoner Beschlüssen nimmt das Sekretariat der Landesleitung der KPD Nordrhein-Westfalen in einer Erklärung Stellung, in welcher es u. a. heißt:

Die KPD ist sich der entsetzlichen Not des deutschen Volkes und insbesondere der westdeutschen Industriebevölkerung im vollen Umfang bewußt. Diese verzweifelte Lage fordert gewiß, jede hilfreiche Hand, wer sie auch bietet, dankbar zu ergreifen. Aber gerade weil wir uns für das Schicksal unseres Volkes voll verantwortlich fühlen, müssen wir davor warnen, um einer versprochenen Erleichterung willen die nationale Einheit und das Selbstbestimmungsrecht über unsere Wirtschaftsordnung preiszugeben.

## KPD für Aktionsgemeinschaft in Bayern

München (eig. Bericht). Die KP Bayerns begrüßt den Beschluß der SPD, ihre Mitglieder aus der Regierung zurückzuziehen. Diese Entscheidung ist die Anerkennung der Tatsache, daß die Koalitionspolitik völlig versagt hat. Wenn die Entscheidung der SPD ihrer tatsächlichen Absicht entspricht, mit wirksamen Maßnahmen der Katastrophe des kommenden Winters zu begegnen, so müßten beide Arbeiterparteien und die Gewerkschaften in Betrieben und Orten, in Stadt und Land sich zu einer festen Aktionsgemeinschaft zusammenschließen. Entsprechend der Politik unserer Partei, den verhängnisvollen Bruderkampf zwischen SPD und KPD zu begraben, gemäß dem Beschluß beider Arbeiterparteien, wie er im Aktionsprogramm vom 8. August 1945 seinen Ausdruck fand und unserer Erklärung vom 14. August unterstreicht unsere Partei heute nochmals, daß die KPD „für die auch im sozialdemokratischen Aktionsprogramm enthaltenen Forderungen der Werktätigen eintreten und gemeinsam mit allen sozialdemokratischen Genossen, mit den

Wer rettete die Kohlschächte des Ruhrreviers nach dem Einmarsch der alliierten Truppen vor dem Ersaufen? Wer ging trotz Hunger und Erschöpfung mit dem letzten Rest seiner Kräfte ans Werk, die Kohle für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas zu sichern? Die Monopolherren des deutschen Kohlsyndikats waren mit den Truppenverbänden der nazistischen Wehrmacht davongezogen und hatten das Revier und seine Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen. Da waren es die Bergleute, die die Schächte vor sinnlosen Zerstörungen bewahrten und selbst unter dem Feuer der kämpfenden Truppen die Wasserhaltungen bedienten. Wenn es noch dieses Beweises der Treue zu ihrem Volk bedürft hätte, allein um dieser Haltung willen hätten sie sich das Recht erwirkt, die Gruben fortan in ihren Händen zu halten.

Auch die angedeuteten Lebensmittellieferungen für das Ruhrgebiet können die schwergeprüfte hungernde Bevölkerung dieses Landes nicht erleiden, die durch das Uebereinkommen heraufbeschworene Gefahr, für immer von ihren Landsleuten im östlichen Deutschland getrennt zu werden, zu übersehen. Die Lösung der deutschen Lebensfragen kann nur eine gesamtdeutsche sein. Die Trennung Westdeutschlands vom Osten ist um so bedrohlicher, als sie gleichzeitig einer engsten Bindung unserer Wirtschaft an das Wohl und Wehe der monopolkapitalistischen Wirtschaftsordnung gleichkommt.

Gewerkschaften und Betriebsräten auf betrieblicher oder örtlicher Grundlage Aktionskomitees bilden will, um die Forderungen der Werktätigen im Kampf durchzusetzen.“ Alle kommunistischen Genossen werden aufgefordert, sich deshalb mit den sozialdemokratischen Genossen zu verbünden.

### Rücktritt der bayrischen SP-Minister

München. Der bayrische Ministerpräsident Dr. Ehard nahm das Rücktrittsangebot der sozialdemokratischen Minister an. Der Bayrische Landtag wurde für Samstag einberufen.

### Notzustand in Bayern

München. Die bayr. Staatsregierung hat einen „Notaufruf an das bayrische Volk“ erlassen, in dem es heißt, die heurige Hungerteufe und die dadurch für das nächste Jahr drohende Not zwingen zu durchgreifenden Maßnahmen. U. a. wird für die Beamten ständige Bereitschaft zum sofortigen Eingreifen bei plötzlich auftretenden Notständen angeordnet. Die Polizei wird zum schärfsten Vorgehen gegen Schwarzhandel, Lebensmittellieferanten und Arbeitsscheu verpflichtet. Es werden Maßnahmen gegen Volksseuchen vorbereitet. Die restlose Erfassung der mageren Ernte werde durch das Staatsministerium gewährleistet. Nötigenfalls würden für säumige Abnehmer Treuhänder eingesetzt und Zwangsverpachtungen vorgenommen. Die Staatsregierung werde dem Landtag einen sechsmonatigen politischen „Landfrieden“ vorschlagen.

### Kartoffeleinkellerung als politischer Werbetrick

Eine politische Partei gab dieser Tage ein Rundschreiben heraus, in dem sie erklärt, die Gewerkschaften wären verantwortlich, wenn die diesjährige Kartoffeleinkellerung scheitern würde, da sie sich gegen die Einzelinkellerung gewandt hätten. Diese Verleumdung entspricht der üblichen Methode, die wir schon wiederholt anprangern mußten.

Tatsache ist, daß ich in der ersten Sitzung über die Kartoffeleinkellerung im Landwirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Herrn Minister Schill Ende August der dort einstimmig angenommenen Niederschrift zugestimmt habe. Man war der Meinung, daß eine Kartoffelmenge von drei Zentnern pro Kopf für die Winterversorgung notwendig ist. Bei nicht vollständiger Lieferung sind entsprechende Ersatzleistungen auszugeben. Die Einkellerung soll möglichst auf breite Grundlage gestellt und alle verfügbaren Mittel ausgenutzt werden. Insbesondere sollen bei der Beschaffung auch die Betriebe und Genossenschaften eingeschaltet, sowie Einzelinkellerungen vorgenommen werden, wodurch die Ueberwindung der vorhandenen Transportschwierigkeiten zu erhoffen ist. Eine strenge Transportkontrolle zur Ausschaltung von Schwarzkäufern wurde von allen Seiten für notwendig erachtet. Im übrigen habe ich in meinem Artikel in UNSER TAG Nr. 60 auf die rechtzeitige Vorbereitung und gute Organisation der diesjährigen Kartoffeleinkellerung hingewiesen.

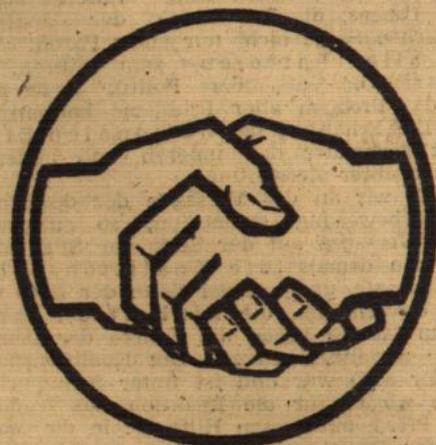
Max Faulhaber

2. Vorsitzender des Badischen Gewerkschaftsbundes

## Dem II. Parteitag

der Sozialistischen Einheit vom 20. bis 24. September in Berlin

unsere brüderlichen Grüße



Lex Ende

### Fähigkeit zur Politik

Das Jahr 1933 war unser erstes Katastrophenjahr. Das nationale Unglück und die tausend Nöte unserer heutigen Tage begannen in diesem Jahre, dem „verfluchten Jahr“. Die aufrichtigsten Freunde Deutschlands im Ausland haben in ihren allgemeinen Urteilen darüber, wie es möglich wurde, daß ein Hitler die Macht erschleichen konnte, einmal mehr die „Unfähigkeit der Deutschen zur Politik“ vermerkt.

Es würde hier zu weit führen, die historischen Ursachen dieser Erscheinung darstellen zu wollen. Es bleibt lediglich die Tatsache festzustellen, daß auch die deutsche Arbeiterbewegung sich vor 1933 und während der entscheidenden Schlacht um die Freiheit im ersten Viertel des Jahres 1933 gleichfalls als politisch unfähig erwies. Die Fehler, die beide Parteien, SPD und KPD, jede auf ihre Weise begingen, sind selbstkritisch von diesen vor der Vereinigung in der Ostzone anerkannt worden. Man hat auf dem Vereinigungsparteitag vor 13 Monaten in Berlin die Versicherung gegeben, daß die sozialistische Arbeiterbewegung sich in Zukunft als fähiger zur Politik erweisen werde. Die Beweise wurden inzwischen erbracht: Die Enteignung des Großgrundbesitzes, der Banken und Konzerne, die Selbstverwertungen, die Schulreform, die radikale Entnazifizierung...

Um so krasser wird der Rückfall der Deutschen in die „Unfähigkeit zur Politik“ deutlich, wie er uns in der Betriebsamkeit der politischen Parteien des Westens gegenübertritt. Was man hier Politik nennt und ausschließlich von „Berufspolitikern“ unter Beiseiteschiebung der Massen unseres Volkes betrieben wird, ist eine meist streitsüchtige, auf Kuhhandel ausgehende Geschäftshüberei. Sie erreicht seit dem Ausbruch der föderalistischen Seuche neue Tiefpunkte „der Feigheit, Borniertheit, Hilflosigkeit und Unfähigkeit zu jeder Initiative“, welche Charaktereigenschaften Friedrich Engels schon 1890 dem politisierenden deutschen Spießbürgertum nachgewiesen hat.

So ist es gekommen, daß alle Parteien des Westens nicht nur von Krisen zerfressen sind, sondern sich in einer Art Lähmungszustand befinden, den ihre Führer auf die Anwesenheit der Besatzungsmächte zurückzuführen, um die Anhängerschaft über ihre eigene „Unfähigkeit“ zu täuschen. Inzwischen treibt aber der alte Feind im eigenen Lande, das deutsche Monopolkapital, stumm, aber dafür um so rücksichtsloser seine „Politik“, wie er sie seit Jahrzehnten meisterhaft versteht; wobei er von Kräften in Amerika Unterstützung erhält, die ihre Sympathien für die Hitler-Methoden auch während des Krieges nie verhehlt haben, was niemals „vergessen“ werden darf.

Prompt sind „deutsche Politiker“ auf diese Linie eingeschwenkt. Politik ist diesen nicht mehr die „Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten“, sondern Propaganda für die monopolkapitalistischen Angelegenheiten gewisser amerikanischer Geschäftsleute und Bankiers. Sie werden rabiat und vergessen ihre heiligsten Schwüre auf die „Demokratie“ (wie sie diese verstehen), die Meinungsfreiheit und die besonders gerne von ihnen angerufene „Freiheit der Persönlichkeit“, wenn die leibhaftige, aus tausend Wunden blutende Persönlichkeit unseres Volkes sich gegen die politische Vergewaltigung Deutschlands wehrt.

Worauf es bei der Politik in erster Linie ankommt, ist die fortgesetzte Verdrängung der Parteien und deren Führungen über die Wahrnehmung der gemeinschaftlichen nationalen Interessen, die sich im Grunde genommen dem Parteienstreit entziehen und über die es unter erst zu nehmenden Menschen in keinem anderen Lande Meinungsverschiedenheiten gibt. In unserem heutigen Deutschland ist die Beschäftigung mit den elementarsten Angelegenheiten des Volkes (Ernährung, Wohnung, Bekleidung usw.) noch für lange Zeit ein Hauptbestandteil der inneren Politik.

In einer ganz anderen Weise als früher müssen die Parteien hier selbst Hand an-

### Gut gebrüllt, Löwe!

Tübingen. Auf einer Landesvorstandssitzung der SPD, die sich mit dem Marshall-Plan beschäftigte, erklärte Staatsrat Prof. Schmid, daß sich die Sozialdemokraten ihr sozialistisches Programm nicht durch ein Linsengericht der amerikanischen Dollars abkaufen lassen würden. Die SPD werde solche Bedingungen des Marshall-Planes immer ablehnen.

## Der Aktendiebstahl im Landtag

Nächtlicher Spuk im Colombipark — Dunkle Hintergründe einer trüben Angelegenheit — Rücksichtslose Aufklärung notwendig

In der Nacht zum 1. September wurde ein Einbruchdiebstahl in den Räumen des Bad. Landtags verübt und dabei Akten mitgenommen, „die Beanstandungen der Personen enthielten, die in Säuberungsausschüssen tätig waren“ (siehe in UT Nr. 70).

Freiburg. Diese Meldung wurde von der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ (6. Sept.) mit einigen Zusätzen veröffentlicht, die offensichtlich dem Zwecke dienen sollten, die Vermutungen, die in der erstaunt aufhorchenden Öffentlichkeit zu erwarten waren, in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken. Das Blatt verkündete erstens, die gestohlenen Akten „sollen wichtiges Material enthalten haben, das dem Untersuchungsausschuß unterbreitet werden sollte, der demnächst vom Landtag eingesetzt werden soll“, und es berichtete des weiteren, daß „schon Mitte August auf dem Wege vom Justizministerium zum Staatspräsidenten eine Reihe von staatsanwaltschaftlichen

Ermittlungsakten auf geheimnisvolle Weise verschwanden, die sich gegen Personen richteten, die wegen Unregelmäßigkeiten in Säuberungskommissionen zur Verantwortung gezogen werden sollten.“

Wir haben noch nicht vergessen, mit welchen Methoden die „Südwestdeutsche Volkszeitung“ im letzten Wahlkampf die Schuld der eigenen Kreise in der Säuberungspraxis auf die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien abzulenkten suchte. Wir wissen daher den Sinn der schwer zu mißdeutenden Andeutungen des Blattes voll zu würdigen. Wir haben uns um die Aufhellung des Einbruchs bemüht und unterbreiten hiermit unseren Lesern den von uns festgestellten Tatbestand. Unsere Schuld ist es nicht, wenn die Geschehnisse verzweifelte Ähnlichkeit mit einem Kitschfilm haben, in dem es weder an geheimnisvollen Gestalten, noch an einem leicht pikanten Einschlag fehlt.

## Was geschah in dieser Nacht?

Nachdem bereits am Samstag, 23. August, sich das gruselige Vorspiel ereignet hatte, daß eine Putzfrau in den Nachmittagsstunden unter einem Fenster des Zimmers des Landtagspräsidenten an der Außenwand ein Säckchen mit Pulver entdeckt hatte, an dem eine Zündschnur befestigt war, begann in den sonntäglichen Abendstunden des 31. August der eigentliche Film zu laufen. Heimgekehrt von einem Besuche seiner außerhalb Freiburgs wohnenden Familie, suchte der Archivar des Landtages sein Amtszimmer im Colombischlöbchen auf, dessen Couch ihm infolge der freiburger Wohnungsknappheit als nächtliche Ruhestätte zu dienen hat. Er empfing den Besuch der Sekretärin des Landtags, der man nachruhmte, daß sie allen Abgeordneten durch ihr resolutes Auftreten bekannt sei, und trank

mit ihr und dem Hausmeister eine Tasse Kaffee. Nach 23 Uhr wurde die Dame von dem Hausmeister herausgelassen und dieser begab sich gegen Mitternacht in seinem Pförtnerstübchen zur Ruhe.

Er hatte kaum eine Stunde geschlafen, da weckte ihn die Sekretärin mit dem hastigen Ersuchen, sofort die Polizei zu verständigen, daß sich draußen ein verdächtiges Individuum aufhalte. Der Hausmeister rief sich den Schlaf aus den Augen und fragte verdutzt, wieso und auf welchem Wege denn die vor zwei Stunden von ihm hinausgelassene Dame wieder in das Colombischlöbchen hineingekommen sei?

Ja, das war eine abenteuerlich klingende Geschichte, die er da zu hören bekam. Auf dem Wege durch den nächtlichen Colombipark habe sie sich — huh! — verfolgt gefühlt. Sie

legen, ihre Organisationen für Brot und Kohle selbst einsetzen, denn der neue untere „Staatsapparat“ ist erst im Wachsen begriffen, kann also noch nicht so funktionieren, wie der alte eingespielte, aber reaktionäre Apparat, den wir uns vom Halse schaffen müssen, um überhaupt ernsthaft mit dem Aufbau einer realen Demokratie beginnen zu können.

Sind es die „kleinen Dinge“ unseres täglichen Lebens, die das Objekt der ständigen politischen Sorge nicht nur einer Partei, sondern aller Parteien sein müssen, so kann sich um die „äußere Politik“ heute nur auf das Problem aller Probleme konzentrieren: Die Erhaltung der nationalen Einheit gegenüber den inneren und anderen Kräften ihrer Zerstörung.

Wenn wir an das Versagen der deutschen Arbeiterbewegung erinnern, so entspricht dieses Versagen auf der Seite der SPD dem, was man damals „die Koalitionspolitik“ nannte, und auf der Seite der KPD ihrem Unvermögen, die Einheit der werktätigen Massen gegen die Feinde der Demokratie zustandzubringen. Die Koalitionspolitik der SPD war und ist unter Schumacher heute wieder für die Reaktion das trojanische Pferd, mit dessen Hilfe sie in die Mauern der Demokratie eindringt, um sie ihren Interessen dienstbar zu machen und ihre demokratisch getarnte Diktatur aufzurichten, in der die ausschließliche Freiheit kapitalistischer Persönlichkeiten gegenüber dem „unmündigen Plebs“ alleine Gültigkeit hat. Im Gegensatz zu dieser Politik des nationalen Selbstmords hat die SED die Blockpolitik entwickelt.

Die Blockbildung ist nur bei einer einzigen Arbeiterklasse möglich. Wenn sich die Arbeiterschaft durch Spaltung selbst unfähig zur Politik macht, dann kommt die Reaktion zum Zuge. Das ist ein politisches Gesetz. Man braucht nur das Trauerspiel im Westen zu beobachten, das sich erneut im Lager des Sozialismus entwickelt hat, und wie rasch die Bourgeoisie mit Hilfe von Spaltung + Koalitionspolitik der SPD alle Etappen der Weimarer Republik zur Wiederherstellung ihrer Macht bereits durchlaufen hat, um zu wissen, was richtige und was falsche Politik ist.

Es handelt sich dabei um die richtige oder falsche Politik für Deutschland, für unser ganzes Volk. Denn dieses Volk, im Verlaufe seiner Geschichte von den herrschenden Klassen immer betrogen, mißhandelt und ins Unglück gestoßen, ist mündig und fähig zur Politik, wie zur Demokratie, wenn die sozialistische Bewegung eine einheitliche und entschlossene Führung hat.

Das Geheimnis des Colombischlößchens / Fortsetzung von Seite 1

sei schnurstracks umgekehrt und habe sich, da das Portal bereits geschlossen gewesen sei, nicht auf zutrauliches Lächeln eingelassen, sondern sich von den hilflos blickenden Händen des Archivars durch das offene Fenster in dessen Zimmer ziehen lassen.

In diesem Nachtasyl hätten sich die beiden dann eine Stunde ganz still verhalten. Plötzlich habe dann draußen ein Mann mit großem Getöse die sofortige Entfernung der Sekretärin aus dem Schlößchen erheischt, falls sie nicht wünsche, am nächsten Tage ihren Namen in den Zeitungen zu lesen.

Tatsächlich bemerkte der Hausmeister einen im Mondenschein gut sichtbaren Fremden, der auch jetzt noch auf seinem Begehren beharrte. Der Hausmeister schüttelte den Kopf über diesen Sommernachtsraum, ging ans Telefon und verständigte die Polizei.

Nach weit über einer Stunde erschienen denn auch zwei Beamte und machten sich am Eingang des Colombiparks durch das Aufblitzen ihrer Taschenlampen bemerkbar, so daß der geheimnisvolle Fremde nun endlich — aber immerhin noch rechtzeitig — verschwand. Die Polizei aber geleitete zunächst einmal die Sekretärin heim.

Am nächsten Morgen entdeckte man dann die Bescherung im Zimmer des Landtagspräsidenten war eine Fensterscheibe eingeworfen worden, im Nebenraume stand ein Fenster offen. Die Schreibtische in den einzelnen Zimmern waren zerbrochen, wichtige Akten in Sachen Entnazifizierung, die demnächst dem Untersuchungsausschuß des Landtages zugeleitet werden sollten, waren entwendet. Daneben liegendes Geld und sogar Lebensmittelmarken hatten keine Beachtung gefunden.

Die sofort verständigte Kriminalpolizei beehrte einen ihrer Anwärter (!) mit der Untersuchung. Dieser verzichtete darauf, die Spuren am Tatort zu sichten. Noch am selben Vormittag wurde eine neue Fensterscheibe eingesetzt. Mehrere Tage später wurden die Schlösser an den Schreibtischen ausgewechselt. In einem derselben fand man Teile eines Schlüssels, der offenbar nicht für dieses Schloß bestimmt war. Vielleicht hat sich die Polizei diese für die Fahndung nicht unwesentlichen Schlösser in der Zwischenzeit doch einmal angesehen! Da auf diese Weise bisher kein Ergebnis erzielt werden konnte (was nur sehr naive Leute wundert dürfte), denkt der Direktor des Landeskriminalpolizeiamtes in Freiburg-Günterstal nunmehr einen anderen Weg einzuschlagen. Er steht auf dem Standpunkt, daß nur mit Hilfe einer mit der Oertlichkeit vertrauten Persönlichkeit (er meint damit offenbar die hier beschäftigten Leute) die Entwendung der Landtagsakten geschehen konnte, und er will nunmehr durch peinliche Befragung dieses Personenkreises Licht in die dunkle Angelegenheit bringen.

Dieser Skandal muß aufgeklärt werden

Soweit unsere Feststellungen über die Angelegenheit. Daß die Behandlung, die diese kolportagehafte Angelegenheit von den zu ihrer Aufklärung verpflichteten Stellen gefunden hat, in jeder Hinsicht ebenso erstaunlich wie unbefriedigend ist, wird niemand leugnen können. Wir gestatten uns, den ganzen Vor-

Feiern und Sabotage am „Tag der Opfer des Faschismus“

Am vergangenen Samstag und Sonntag ist in unzähligen Städten der diesjährige Gedenktag an die Opfer des Faschismus und die deutsche Widerstandsbewegung würdig begangen worden. Im Lustgarten in Berlin, wo Ottomar Geschbe sprach, war eine Riesenszene versammelt, darunter Gäste aus allen Zonen Deutschlands. Es fanden Gedenkgottesdienste statt und Feiern in 6000 Schulklassen. In Passau läuteten die Glocken sämtlicher Kirchen den Tag der Opfer des Faschismus ein. In Festgottesdiensten und mit Kranzniederlegungen gedachten die Ueberlebenden der 11 Millionen Toten. In München vor der Feldherrnhalle sprach Staatskommissar Dr. Auerbach. In Hannover sprach Kultusminister Adolf Grimme. In Bremen wurde der Grundstein zu einem Mahnmal für die 517 Opfer gelegt.

„Dieser Gedenktag an die Helden des deutschen Widerstandes müßte ein Gedenktag für das ganze deutsche Volk sein, wie es für das amerikanische Volk der Unabhängigkeitstag, für das französische Volk der Tag des Ausbruchs der Revolution ist“, sagte Minister Kohl im Staatstheater in Stuttgart. Auf dem Festakt der hessischen Staatsminister in Wiesbaden sprach Minister Binder: „Hätten wir alle den Mut aufgebracht, Mensch zu sein, und nicht Herdenvieh, dann würden alle, die wir heute beklagen, noch leben. Unsere Klage ist zugleich eine Anklage. Kein zweites Mal dürfen wir Opfer der Reaktion werden“. In Frankfurt klagte Pfarrer Lempferding vor flammenden Opferschalen, daß es eine Zeit wertlosen Lebens und sinnloser Tat gewesen sei. Dr. Hans Mayer wandte sich mit aller Schärfe gegen die Verantwortungslosigkeit und Feigheit der Masse des Volkes: „Unsere Opfer sind für eine erfolglose Sache gestorben, das ist unsere Trauer und unsere Bitterkeit — habt ein besseres Gedächtnis.“

Die Feiern in Baden

Durch die VVN organisiert, wurde erstmals in Südbaden der Gedenktag feierlich begangen. In Freiburg waren im Kaufhausaal auch Vertreter der Militärregierung erschienen und Landtagspräsident Person. Pfarrer Maurath (Feldkirch) der im KZ Dachau war, hielt die Gedächtnisrede. In Baden-Baden, wo die geplante große Veranstaltung ausfiel, fand im Beisein von Vertretern der Militärregierung und Behörden eine kleine Feier statt. In Emmendingen sprach Rolf Weinstock. In Konstanz gedachte Franz Bauer der 21 Opfer. In Bühl und Achern sprach Franz Keim. In Offenburg Landrat Pius Uhrig, auf dem Friedhofe der ausländischen

Nazioffer aus Frankreich, Rußland, Polen usw. gedachte Dr. Bittel der Schande des barbarischen Systems, angesichts der Kreuze auf Massengräbern mit der Inschrift: „Ici reposent les inconnus déportés et victimes de la Crauté nazie“. In Neustadt hielt Stadtpfarrer Haug als religiös verfolgte die Festrede mit der eindringlichen Mahnung, alle Menschen zu achten, um über alle Grenzen der Parteilichkeit und Konfessionen das Gemeinsame zu finden. In Schopfheim sprach Bürgermeister Adolf Müller. In Ueberlingen fand die Feier auf dem Münsterplatz statt, wo Gemeinderat Frank sprach und im Anschluß eine Kranzniederlegung auf dem Friedhof der 700 KZ-Opfer in Birnau stattfand. In Radolfzell hielt Hermann Schärmeli die Gedenkrede. In Singen wurde am Denkmal der Opfer im Namen der Stadt und der Parteien ein Kranz niedergelegt, im Scheffelsaal sprach Mar Sprandel. Außerdem liegen uns zahlreiche Berichte von Feiern in Schulen vor.

Die badischen Feiern waren in der Hauptsache getragen von der überparteilichen VVN, den Gewerkschaften und den beiden Arbeiterparteien, während die Masse der Bevölkerung ihre Teilnahmslosigkeit bezeugte, wie es vorher bereits die bürgerliche Presse getan hatte. Mitschuld, an die sie nicht erinnert sein wollen, hinderte viele! Auch die Vertreter der Behörden haben sich bezeichnender Weise sehr im Hintergrund gehalten. Mitglieder der badischen Regierung haben sich offenbar ausdrücklich an keiner Feier beteiligt. Inwieweit die Schulfeiern, über die wir sehr anerkennende Berichte haben, allerorts stattfanden, können wir nicht übersehen. Jedoch haben wir Informationen, daß es Schulen ohne Feiern gab! Daß vielerorts Sabotage des Gedenktags am Werke war, ist unzweifelbar. Sehr bedauerlich hat sich an einzelnen Orten ein Verbot der Nazioffer-Feiern in Sälen durch die Militärregierung ausgewirkt, das am Tage zuvor wieder aufgehoben wurde.

Sabotage durch die Regierung

Tübingen. (Südema) Im Waldfriedhof in Schwenningen fand eine eindrucksvolle Mahn- und Gedenkfeier statt. Der Gouverneur General Widmer, war mit den Herren seines Stabes und einer Anzahl Kreisgouverneure zu den Feierlichkeiten gekommen. Im Anschluß an die Rede von Ludwig Becker legten General Widmer und die Vertreter der deutschen Organisationen Kränze nieder. Seitens der württembergischen Regierung war kein offizieller Vertreter anwesend. „Es müsse angenommen werden — heißt es in einem offenen Brief der VVN — daß es sich hierbei um eine offensichtliche politische Demonstration gegen die Opfer des Faschismus handele.“ Es wird gefragt, wie die Regierung ihre „provokatorische Handlungsweise entschuldigen wolle“.

Neues Schuldkonto!

München. Die amerikanische „Neue Zeitung“ Nr. 74 schreibt zum Gedenktag: „Es gehört wohl zu den bedenklichsten Erscheinungen der deutschen Gegenwart, daß die noch lebenden Opfer des Faschismus in eine zunehmend wachsende Isolierung hinein geraten. Dies beruht wohl in der Hauptsache darauf, daß die Deutschen die Tatsache, daß ein in ihrem Namen ausgeübtes Regime Millionen von Menschen bestialisch zu Tode quälte, nicht wahr haben wollen, weil sie auf ihr Schuldkonto geschrieben wird und sie deshalb den Zeugen dieser Tatsache feindlich gegenüber treten.“

Eine deutsche Außenpolitik wird es auf absehbare Zeit nicht geben, aber jeder Deutsche trägt seinem Volke gegenüber eine zuzurechnende außenpolitische Verantwortung, die durch Art und Maß seiner Haltung bestimmt ist, die er den Opfern des Faschismus und ihrer Sache gegenüber zeigt. So lange der 14. September ein Tag ist, von dem die meisten Deutschen glauben, daß er sie nichts angehe, so lange werden sie, soweit es an ihnen liegt, das ausländische Mißtrauen nicht zerstreuen und allen jenen in die Hand arbeiten, die die These der deutschen Kollektivschuld vertreten.“

Wunschzettel an Herrn Staatspräsident Wohleb

Sehr verehrter Herr Staatspräsident! Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, auch außerhalb der französischen Zone, hatte ich Sie gebeten, mir informatorisches Material über die Tätigkeit Ihrer Regierung zu überlassen. Dieser Bitte haben Sie entsprochen und Ihre Pressestelle entsprechen angewiesen. Unterm 8. September wurde erstmals eine Verlautbarung ausgegeben. Darin heißt es einleitend: „Nachdem nunmehr in Baden eine verfassungsmäßig berufene Landesregierung besteht, wird diese, nach dem Brauch in andern deutschen und außerdeutschen Ländern mit demokratischen Verfassungen der Öffentlichkeit über den wesentlichen Inhalt ihrer wöchentlichen Beratungen berichten.“

Es folgt dann eine Aufzählung der Titel jener Gesetze, die in den ersten drei Sitzungen verabschiedet wurden und zwar: Entwurf eines Landesgesetzes über die Einrichtung einer Betriebsvereinbarung der südwestdeutschen Eisenbahnen, eines Landesgesetzes über das Feuerlöschwesen, des Landesgesetzes über das Gebiet der Landpacht- und Landbewirtschaftungsrechts, eine Novelle des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Es wird weiter berichtet, daß beraten wurde über den Entwurf einer Verordnung betr. Erhebung des Waldwirtschaftungsbeitrages, die Finanzierung des Wiederaufbaues von Wohnungen, dringende Ernährungs- und Verkehrsfragen und die Lage der Tabakindustrie. In einer weiteren Notiz wird gesagt, daß über die Kohlenversorgung der wichtigsten Ernährungsbetriebe, über die Möglichkeit einer Hausbrandversorgung der städtischen Bevölkerung mit Kohlen beraten wurde, und daß zwei Minister über die Lage des Interzonenhandels und der Landwirtschaft und Ernährung berichteten.

Lassen Sie mich, verehrter Herr Staatspräsident Ihnen als Vertreter der öffentlichen Meinung sagen, daß wir nach der Lektüre dieser amtlichen Berichte genau so klug sind wie vorher, denn es wird darin mit keinem Wort etwas über den Inhalt der beratenen oder verabschiedeten Gesetze gesagt. Sie beraten über die Lage des Tabakbaues. Wie ist die Lage, ist sie gut oder ist sie schlecht? Wie groß ist die Ernte, ist sie beschlagnahmt, wohin wird ausgeführt? Wer bekommt etwas zu rauchen und wieviel? Das sind doch die Fragen, die den Zeitungsläser interessieren und zu denen die Zeitungen gerne Stellung nehmen möchten, die Maßnahmen der Regierung kritisieren oder loben. Genau so ist es mit der Hausbrandversorgung der städtischen Bevölkerung mit Kohle. Bekommt sie Kohle oder nicht? Wenn nein, warum nicht? Sie berufen sich in der Einleitung Ihres Informationsdienstes auf demokratische Gepflogenheiten, aber Ihre Pressestelle kommt bei den Ausführungen über die Gepflogenheiten des Obrigkeitsstaates nicht hinaus, der sich darauf beschränkt, den Untertanen mitzuteilen, daß er auf ihr Wohl bedacht ist, aber sie nicht wissen ließ, wie und auf welche Art, und ihnen keine Möglichkeit gab, sich selbst dazu zu äußern und sich über Wert oder Unwert ihrer Tätigkeit ein Urteil zu bilden. Ich bin überzeugt, daß diese alten Methoden nicht in Ihrer Absicht liegen, aber Ihre Pressestelle hat die neuen Methoden noch nicht erfaßt, deshalb dieser offene Brief, mit dem ich etwas nachhelfen will, die Öffentlichkeit besser zu unterrichten.

Frankfurt, den 17. September 1947.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Wilhelm Karl Gerst

„Fünfte Kolonne“

Nun also wissen wir, wer oder was die Westzonen Deutschlands bedroht. Radio Stuttgart hat es „in scharfer Pointierung besorgt festgestellt“, und in den STUTTGARTER NACHRICHTEN (Nr. 96) plappert es ein gewisser „Be“ erblassend nach: „die Gefahr der Fünften Kolonne, des Eindringens von Sendboten östlicher Demokratie“. Herr Be. tut ein übriges; aus eigenem Malt er dann die aus dem Osten eingesickerten Teufel und ihr Treiben in erschrecklicher Darstellung an die ihm zur Verfügung stehende papierene Wand seiner Zeitung. Diese heimlich-unheimlichen Agenten der SED haben sich unter allen möglichen Tarnungen in Schlüsselpositionen eingeschlichen. Wie die Spinne im Netz sitzen sie und lauern auf ihre Opfer. Selbstverständlich wird der alte Kohl aufgewärmt von dem „systematisch ausgebildeten Agentennetz, das aus der Generalfeldmarschallsatmosphäre des Komitees Freies Deutschland kommt“, und da Herr Be. offenbar sonst überhaupt nichts Neues einfällt, versucht er es mit dem Dreh von der „nationalkommunistischen Reichseinheitspropaganda“, mit deren Hilfe die Sendlinge der SED die ewigen Landknechts- und Soldatennaturen in ihre Netze zu locken suchen. Er faselt von Roter Reichswehr, von Epauletten, Sternen, Abzeichen, natürlich auch von Orden und Ehrenmedaillen, die als Köder ausgelegt werden. „Auf die Farbe kommt es überhaupt nicht an. Braun oder rot, es ist ganz wurscht!“ Zum Schluß stellt Herr Be. die bange Frage, wie man es anfangen und wer es unternehmen könne, die „Führer der Fünften Kolonne aus ihren Schlüsselstellungen zu beseitigen“, um im gleichen Atemzuge auszuruhen: „Herrgott, wie sollen wir das eine Demokratie bekommen? Eine echte...“

Ja, das möchten wir auch fragen. Auf dem Wege, wie es sich der Herr Be. vorstellt, bestimmt nicht. Lügen und Verleumdungen sind schlechte Schrittmacher auf dem Wege zu einer echten Demokratie. Das sollte Herr Konsul Henry Bernhard, jetzt Lizenzträger der STUTTGARTER NACHRICHTEN, in den Jahren, in denen er im Vorzimmer eines deutschen Reichsaussenministers den Empfangschef spielte, eigentlich gelernt haben. Aber vermutlich versteht er unter echter Demokratie etwas ganz anderes als wir. Für eine Demokratie, der man sich durch Hetzartikel solcher Art empfehlen zu können glaubt, danken wir bestens. Was aber die Behauptungen über eine „Fünfte Kolonne“ angeht, deren Agenten in Deutschland ihr Unwesen treiben, so mag schon etwas Wahres daran sein. Aber sind es wirklich die Geschäfte der „östlichen Demokratie“, die von ihnen betrieben werden? H.A.F.

Zusammenarbeit SP-KP in Italien

Rom. Der Führer der Sozialistischen Partei Italiens, Nenni, erklärte, das zukünftige Wahlprogramm seiner Partei enthalte eine Links-schwengung der Sozialisten zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Kampf um die Demokratie.

Die Vollversammlung der UN

Lake Success. Auf der 2. Vollversammlung der UN, die am 16. September eröffnet wurde, stehen als Hauptpunkte die griechische und die Palästinafrage sowie die Frage des Veto-Rechts auf der Tagesordnung.

Kleine Zeitung

FRANKFURT a. M. Vom 13. bis 20. September veranstaltet die Gewerkschaftsjugend von Hessen eine Leistungsschau ihrer jungen Mitglieder.

FRANKFURT. Die wiederhergestellte „Alte Brücke“ über den Main wurde dem Verkehr wieder übergeben.

DACHAU. Der ehem. Rapportführer des Mauthausener Außenlagers St. Valentini, Johann Schiller, erhielt 30 Jahre Zuchthaus.

KÖLN. Die erste Kölner Herbstmesse nach dem Kriege wurde eröffnet.

KÖLN. Das Fordwerk in Köln soll zu einem der größten Betriebe der europäischen Automobilfabrikation ausgebaut werden. Es soll ein Gelände von 240 000 qm gekauft werden.

DUSSELDORF. Nach einer Zusammenstellung der „Rheinischen Post“ sind 249 971 Personen in Deutschland als politisch verfolgte anerkannt.

LEIPZIG. Die Leipziger Frühjahrsmesse 1948 findet vom 2. bis 7. März statt.

DRESDEN. Die Benzinerzeugung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands beträgt zur Zeit etwa 40 000 Tonnen monatlich, wovon rund 11 000 Tonnen im Lande Sachsen produziert werden.

BERLIN. In der sowjetischen Zone wurde von der Volkssolidarität Thüringen ein Kinderdorf im ehem. Schloß der Grobherzöge von Sachsen-Weimar-Eisenach eingerichtet.

BERLIN. Im mecklenburgischen Landtag wurde ein Antrag eingebracht, die Lichtspieltheater in Landesbesitz zu übernehmen, um damit eine gesunde finanzielle Grundlage für alle Kulturbetriebe zu schaffen.

BERLIN. Diamanten mit einem Gewicht von 17 000 Karat im Wert von 8 Millionen holländischen Gulden, die 1944/45 aus Holland geraubt wurden, wurden im Laufe dieses Sommers in Deutschland sichergestellt und nach Holland zurückgeführt.

TRIEST. Die Konstituierung des Freistaates Triest wurde durch den britischen Generalmajor Airey proklamiert.

LONDON. Bei einem Treffen der Liga ehemaliger Kriegsteilnehmer, bei dem Propagandaschriften des britischen Faschisten Mosley verteilt wurden, wurden die Rufe „Nieder mit dem Faschismus“ ausgebracht.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden - Organ der KP  
Chefredakteur Dr. Karl Bittel  
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1  
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neulag Offenburg  
Verlag: Südwest-Verlag GmbH (17b) Offenburg  
Hauptstr. 115. Postfach 481. Fernruf 2207. Erscheint  
mittwochs u. freitags - Bezugspreis monatlich 1,50 Mk.  
einschl. Trägerlohn, b. Postbezugs zuzügl. Bestelldg.  
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg



## „Häner ebbis?“

Waldkirch i. Br. Alle Politik endet im Kochtopf. Jeder, auch der, der sich über diese einfache Tatsache noch niemals Gedanken gemacht hat, spürt sie heute nicht nur aus der unmittelbaren Anschauung, sondern auch recht erheblich am eigenen Leibe. Nur bei unseren Frauen — ausgerechnet bei den Frauen — scheint diese Logik nicht immer gerade sattelfest zu sitzen. Ihre Urteilsfähigkeit wird allzusehr von gewissen Kreisen und Kanzelhöheiten auf falsche Geleise gelenkt, abgelenkt, oder von einer reaktionären Presse umgelenkt. Und um den Kochtopf schleicht der Hunger weiter. Aber nehmt nur die Finger und zählt: der halbe September noch, dann Oktober und November und der Winter hockt schon auf den Bergen, in den Tälern, vielleicht schon fühlbar im Städtle. Und dann ist es zu spät — reichlich zu spät für Maßnahmen, die unsere Ernährung sicherstellen sollen. Wie weit es mit der Kartoffelversorgung gegenwärtig steht, wir wissen es nicht. Von Seiten der Vertreter der Elztal Arbeiter-schaft und Gewerkschaften sind längst schon klare und sichere Vorschläge eingebracht worden. Akzeptiert man ihre Vorschläge, dann wird sowohl die Kartoffelversorgung als auch die Brennholz- und Kohlenfrage gelöst werden. Was aber noch immer in unserer Elztalstadt noch nicht geklärt ist, das ist die Frage: Warum hinkt die Versorgung der Bevölkerung immer hintennach? Ist es nicht ein Unglück Waldkirch, Kollnau und Gutach gewissermaßen zur „Landversorgung“ zu rechnen, wo doch gerade diese drei Orte ausschließlich Industrieplätze sind? Weder die Arbeiter der Firma Gütermann u. Co., noch die der graphischen Werke besitzen Mangelware um dagegen bei den so „lieben und guten“ Bauersleuten etwas einzutauschen, es sei denn, daß sie ihr letztes Hemd oder das Eßbesteck mitbringen, denn das „hänner ebbis“, das ist auch auf unseren so christlichen Landorten ausgiebig daheim. Und wir „hänn ebbis!“ — alle zusammen, die wir von der Karte leben müssen, wir „hänn Hunger!“ Mit leichtem Gruseln werden die meisten von uns an den vergangenen, Winter zurückdenken und hoffen, daß es in diesem Jahre besser geht. Mit der Hoffnung allein ist es jedoch nicht getan, hat doch die Hoffnung auf „bessere Zeiten“ noch nie eine bessere Zeit herbeiführt. Was uns nützt, ist die sofortige Vorbereitung, auf allen Gebieten des täglichen Lebens, Vorkehrungen zu treffen, die unserer gesamten Bevölkerung ermöglichen, dem Winter mit Ruhe entgegen zu sehen.

## Notruf der Gewerkschaften

Beunruhigende Ernährungslage im Kreis Rastatt

Rastatt. Die Vorstandsmitglieder des Ortsausschusses und sämtlicher 12 Gewerkschaften des Bezirkes fanden sich zu einer Tagung zusammen, in welcher sie zu der beunruhigenden Ernährungslage im Kreis Rastatt Stellung nahmen und eine über den Badischen Gewerkschaftsbund an die Badische Regierung geleitete Entschließung faßten, in der festgestellt wird, daß sich seit dem Zusammenbruch die Versorgung der badischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aller Art fortgesetzt verschlechtert und zu einer gefährlichen Nahrungsmittelkrise entwickelt hat. Der südwestliche Raum ist auf den Austausch seiner Industrieerzeugnisse gegen Lebensmittel aus den übrigen deutschen Wirtschaftsgebieten und dem Ausland angewiesen. Dies trifft insbesondere für den Kreis Rastatt zu, der sich schon in normalen Zeiten nicht selbst ernähren konnte. Im sandigen Rheingebiet leben überwiegend Kleinlandwirte, deren Söhne und Töchter hauptsächlich in Industriebetrieben arbeiten, da sie vom landwirtschaftlichen Ertrag allein nicht leben können. Besonders ernst sind die Verhältnisse im Murgtal mit seiner starken Industrie und kargen landwirtschaftlichen Nutzflächen. In diesem Jahr sind infolge der anhaltenden Hitze und Trockenheit die Felder vollständig ausgedorrt, so daß der Kreis fast gänzlich auf auswärtige Hilfe angewiesen ist. Seit Anfang Juli hat das Gebiet nur 5 Kilo Kartoffeln aus der neuen Ernte und auch sonst nur ungenügende Zuteilungen erhalten. Die Arbeiterschaft sieht mit banger Sorge in die Zukunft, und von den Behörden und verantwortlichen Stellen wurde noch nichts getan, was die arbeitende Bevölkerung beruhigen könnte. Die Gewerkschaften sind ehrlich bestrebt, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, müssen aber von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß alles getan wird, die Lebensmittelrationen zu beschaffen, die es ermöglichen, die Arbeits- und Lebensfähigkeit der Bevölkerung zu garantieren.

Sollte es aber den verantwortlichen Stellen nicht gelingen, für ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu sorgen und dadurch Zustände geschaffen werden, welche die Gewerkschaften zu verhindern suchen, so müssen sie jede Verantwortung ablehnen.

### Sorgen der Abfindungsbrenner

Oppenau. Vielen Bauern scheint es unbegreiflich, daß jetzt in der Anfallzeit größter Mengen Kernobsttrester ein Brennverbot durch das Landwirtschaftsministerium erlassen wird, wo doch diese Trester für die noch futtermärmeren Wintermonate eine wertvolle und vor allem stete Futterquelle geboten hätten. Ganz abgesehen davon, würde ohne Verminderung des Futterwertes durch vorheriges Abbrennen noch eine beachtliche Menge Alkohol gewonnen werden. All die aufgezeigten Möglichkeiten und die schaffenden Werte gehen nutzlos verloren durch das bestehende Brennverbot. Der Verband Bad. Klein- und Obstbrenner e. V. teilte seinen Mitgliedern mit, daß ein Appell an die politischen Parteien und an den Herrn Staatspräsidenten gerichtet wurde, diesem Verbot durch eine sofortige Aufhebung des Brennverbotes zu steuern.

## Freiburger Chronik

Freiburg. Abiturienten, die mindestens vierzehn Punkte erreicht haben, können unmittelbar zum Studium zugelassen werden. Abiturienten mit niedrigerer Punktzahl, die zu den ein Jahr dauernden propädeutischen Kursen an der Universität Freiburg zugelassen werden sollen, werden im Einzelfall geprüft. Die Kurse schließen mit einem Examen ab. Die Meldungen müssen bis zum 25. September an das Sekretariat der Universität gerichtet werden. Vorzulegen sind Lebenslauf und Reifezeugnis.

Freiburg. An der Ecke Richard-Wagner- und Schubertstraße ereignete sich ein Zusammenstoß eines LKW's mit einem Motorradfahrer. Letzterer wurde bei dem Anprall schwer verletzt und mit einem Schädel-, Achsel- und Schienbeinbruch in die Klinik eingeliefert.

Freiburg. Einer Buchhalterin, die in ihrem im ersten Stockwerk gelegenen Zimmer in einem Hause der Unterstadt sich zur Ruhe begeben hatte, wurde während der Nacht die über einem Stuhl hängende Handtasche mit 1500 Mark Inhalt gestohlen. Der Dieb ist zweifellos durch das offenstehende Fenster eingestiegen. — Aus einer Kantine der Reichsbahn ist zur Nachtzeit der Radioapparat entwendet worden. — Der Polizei gelang die Verhaftung eines Fahrradmarders, dem zwei vollendete und ein versuchter Fahrrad-diebstahl zur Last gelegt werden. — Weiter wurde ein Mann festgenommen, der in der Kanzelstraße ein Fahrrad entwendet hat. — Von einem Acker beim Vorort Zähringen schleppten

## Ein badisches Urteil 1947

„Der Schwarz Hörer war an seiner Ermordung selbst schuld“

Waldshut. Vor der Waldshuter Strafkammer hatte sich der Reichsbahnangestellte Johann Treubel wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu verantworten. Treubel hat 1939 den in seinem Block wohnenden Friedrich Geisert wegen Schwarzhörens ausländischer Sender dem Ortsgruppenleiter gemeldet. Geisert wurde zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Abbußen dieser Strafe in das KZ Belsen überführt, von wo er bis heute nicht zurückkehrte, so daß man annehmen muß, daß er gewaltsam aus dem Leben geschafft wurde.

In der Verhandlung gab der Angeklagte Treubel zu, daß er Geisert wegen Schwarzhörens ausländischer Sender dem Ortsgruppenleiter gemeldet habe. Er habe dies

klagt, es sei seine Pflicht als Blockleiter gewesen, dem Ortsgruppenleiter Meldung zu erstatten. Hätte er geschwiegen, so hätte es für ihn, da er damals gerade Beamtenanwärter gewesen sei, schwere Folgen haben können.

Traubels Verteidiger verlangte Freispruch, zumindest eine solche Strafe, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sei. Als der Verteidiger mit vielen Zeugnissen und Bestätigungen für den Angeklagten argumentierte, stellte der Oberstaatsanwalt fest, daß tausend „Zeugnisse“ Treubel nicht von der Schuld freisprechen könnten, ein Menschenleben auf dem Gewissen zu haben. Gemessen an den schweren Folgen seiner unbedachten und unmännlichen Handlungsweise seien 2 Jahre Zuchthaus, die er beantrage, nicht zuviel. Das Gericht verurteilte nach einer kurzen Beratung den Angeklagten Treubel zu 1/2 Jahr Gefängnis, welche Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt war, so daß der Angeklagte nach der Verhandlung auf freien Fuß gesetzt werden konnte. Bei der Begründung des Urteils führte Landgerichtsdirektor Elble aus, Geisert sei ja letzten Endes an seinem Schicksal selbst schuld gewesen, denn hätte er geschwiegen und das Gehörte nicht weiterverbreitet, so wäre vielleicht niemand dahinter gekommen, daß er schwarz höre.

Diese Einstellung des auch bei anderem Anlaß bereits fatal aufgefallenen Vorsitzenden reißt sich würdig an ähnliche, milde Urteilsbegründungen, in denen sich deutsche Richter dem Volke als Verfechter nationalsozialistischer Schandurteile präsentierten.

Der Oberstaatsanwalt hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

## Badische Umschau

Baden-Baden. Die Strafkammer verurteilte einen 17-Jährigen zu einem Jahr Jugendgefängnis und seine zwei älteren Kameraden zu je einem Jahr Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, weil sie nachts bei einem Bäckermeister in Baden-Baden eingebrochen und 9 Sack amerikanisches Weizenmehl sowie einen halben Sack Maismehl gestohlen, auf einem Auto abtransportiert und größtenteils zu 30 Mark das Pfund schwarzverkauft haben. Zu diesem Diebstahl hat ihnen ein bei dem Bäckermeister beschäftigter gemeinsamer Freund verholfen, der mit 6 Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldbuße bestraft wurde. Uebrigens, wieso hatte der Bäckermeister noch 9 Sack amerikanisches Weizenmehl auf Lager?

Baden-Baden. Die Strafkammer Baden-Baden rechnete mit einer elfköpfigen Bande ab, die im Juni aus einem Lager 20 000 Zigaretten gestohlen und das Diebesgut am Schwarzen Markt umgesetzt hatte. Die Tagesumsätze betragen oft mehr als 100 000 Mark. Zwei Angeklagte erhielten je zweieinhalb Jahre Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe, eine Frau, die als „Geschäftsführerin“ aufgetreten war, eineinhalb Jahre Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe.

Kappelrodeck. Einem Obstbauer gelang die Züchtung einer neuen Sorte von Äpfeln, unter denen einer 550 Gramm wog. E. F.

Kittersburg. Einen bösen Reinfall erlebte ein Landwirt, der gegen einen Strafbefehl über zu wenig abgelieferte Eier Einspruch erhoben hatte. Bei einer Nachschau stellte der Polizeibeamte nicht fünf Hühner fest, wie in der Viehzählung angegeben war, sondern sechzehn.

Furtwangen. Das hiesige Bürgermeisteramt hat 1945 auf der Sparkasse Furtwangen ein Konto unter dem Namen „Kinderweihnacht“ eingeführt. Die Bevölkerung hat auf dieses Konto bis heute insgesamt RM. 36 434.— gespendet, wovon etwa 5000 Mark auf Sachspenden entfallen. Dieses Konto wurde nun in ein „Liebesgabenkonto des Bürgermeisteramts“ umgewandelt.

Neustadt. Hier wurde der „Kulturbund Hochschwarzwald“ gegründet, eine Vereinigung, die auf breiter Grundlage dem kulturel-

## Papierwährung



„Eine Zigarre, bitte —“  
„Haben Sie Altpapier mitgebracht?“  
(Wolfgang Stamm)

### Gen. Müller-Durbach 83 Jahre

Durbach. Am heutigen Freitag feiert der Senior der KP Badens, unser Genosse Fritz Müller, seinen 83. Geburtstag. Seit nunmehr 65 Jahren steht der Hochbetagte im politischen Leben. Im ganzen Bezirk Offenburg und weit darüber hinaus kennt man den unermüdeten Kämpfer und zollt ihm große Dankbarkeit. Fritz Müller ist unbeirrt, trotz aller Anfeindungen, seinen Weg gegangen. Selbst in den Jahren des nazistischen Systems hat der „Alte von Durbach“ seinen Glauben an den Sieg des Sozialismus nicht verloren. — Wir freuen uns, auch an dieser Stelle unserem Parteigenossen Fritz Müller herzlichst gratulieren zu können.

len Leben der Heimat neuen Auftrieb und neue Bedeutung geben soll.

Albruck. Die Papierfabrik Albruck, eines der bedeutendsten wirtschaftlichen Unternehmen am Hochrhein, kann ihr 75jähriges Bestehen feiern. Das Werk wurde 1872 in den Räumen eines ehemaligen Eisenwerkes gegründet. Schon fünfzehn Jahre nach der Eröffnung zählte es mehr als dreihundert Arbeiter.

Säckingen. Erhebungen, die ein Arzt aus Murg anstellte, haben ergeben, daß im Kreis Säckingen rund 90 Prozent der Schüler Eingeweidewürmer haben. Nach Ansicht des Arztes ist die Seuche unter den erwachsenen Personen ebenso stark verbreitet wie unter den Kindern.

Villingen. In zwanzig Gemeinden des Kreises hat der Hagel in diesem Jahr folgenden Schaden angerichtet. Ausfall bei Weizen 2278 Doppelzentner, beim Spelz 720, bei Roggen 6635, bei Menggetreide 173, bei Hafer 1144 und bei Kartoffeln 10 497 Doppelzentner.

Konstanz. Der Stadtrat beschloß für das Kinderdorf Wahlwies 5000 Mark zu stiften.

Karlsruhe. Im Durlacher Jugendgefängnis kam es zu einer kleinen Revolte. Drei jugendliche Häftlinge schlugen den Verwalter nieder, nahmen ihm die Schlüssel ab und flüchteten. Zwei der Ausbrecher konnten wieder festgenommen werden.

### Französische Musiker gastieren

#### Das Löwengut-Quartett

Zur Eröffnung der neuen Musiksaison hat das Bureau des Spectacles das berühmte Löwengut-Quartett in die Zone geladen. Das 1929 gegründete Quartett ist heute eine der besten franz. Kammermusikvereinigungen. Vor dem letzten Krieg trug es den Namen der franz. Musik in die Vereinigten Staaten, nach Kanada, Holland, England, Italien und Nordafrika. Nach Kriegsende nahm es seine Tourneen wieder auf und bereiste vor allem die Schweiz und Deutschland.

Das Löwengut-Quartett wurde vornehmlich durch die Gesamtwiedergabe der 17 Streichquartette Beethovens bekannt; die glänzende, ausgeglichene und erregende Auslegung dieser Werke rief in allen europäischen Hauptstädten Begeisterung hervor. Die Namen der Künstler sind Alfred Löwengut, Roger Roche, Maurice Furet und Pierre Basieux. Das Quartett gastiert bis 4. Oktober in der Zone. Zwei verschiedene Programme werden im Laufe dieser Konzertreise gespielt. Das erste umfaßt Mozartquartett Es-Dur (K 428), Quartett Op. 51 No. 1 in C-Moll von Brahms und das 2. Streichquartett von Honegger. Das zweite Programm enthält Haydens Quartett Op. 74 No. 3 G-Moll, Quartett Op. 18 No. 6, in D-Dur von Beethoven und das Quartett in D-Dur von Pierre Dervaux.

Das zeitgenössische französische Musikschaffen ist demnach nicht vergessen worden. Außerdem bieten diese Konzerte eine willkommene Gelegenheit, Vergleiche zwischen der reinen Klassik eines Mozart und dem rhythmischen und farbigen Reichtum eines Dervaux anzustellen.

#### Kammerchor Marcel Couraud

Im Jahre 1947 wurde dem Kammerchor Marcel Couraud einmütig der große Preis für Schallplatten-zuerkann, eine Auszeichnung, die er sich durch erstklassige künstlerische Arbeit verdient hatte. Eingeladen vom Bureau des Spectacles et de la Musique, wird er von Neuem eine Tournee durch die Zone unternehmen.

Das Programm das Marcel Couraud in Deutschland ausführen wird, ist sehr sorgfältig ausgewählt. Werke der Renaissance gesellen sich zu klassischen Kompositionen, sowie zu sehr modernen Chören.

„Die Schicht von Marignan“ von Clément Jannequin, ein ausschweifendes, wohlklingendes Fresko, das die Fantasie anregt, steht in gewolltem Kontrast zu dem „Lamento d'Arianna“ von Clotilde Monteverdi. Weniger bekannt sind die polyphonen Lieder Franz Schuberts. Was die Werke Guillaume Costeleus anbelangt, so geben sie ein anschauliches Bild der Lebhaftigkeit des 16. Jahrhunderts, voller Leichtigkeit und Grazie. Jedoch die viestimmigen Chöre von Milhaud bestätigen eine neue Kompositionsart, beherzt und voller gewollten Dissonanzen.

Die Tournee des Kammerchores Marcel Couraud nimmt folgenden Verlauf: 21. und 22. September Baden-Baden, 2. Oktober in Rastatt, 7. Oktober in Konstanz, 8. Oktober in Donaueschingen, 10. Oktober in Lörrach, 11. Oktober in Freiburg, 12. Oktober in Offenburg.

Verantwortlich für den Heimattell:  
Hanns Adam Faerber, Offenburg.